

Anne Wollenhaupt/Ralf Fischinger

„Wir sind ein Dienstleistungsunternehmen, unser Produkt ist Sicherheit“ Eine Feldforschung beim Bundesgrenzschutz

„In den letzten Jahren kamen mehr Flüchtlinge durch staatliche Maßnahmen der BRD ums Leben als durch rassistische Übergriffe. Allein im Zeitraum vom 1.1.1993 bis zum 31. 12. 2001 starben 130 Flüchtlinge auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon 100 an den deutschen Ostgrenzen. 343 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen [...].

99 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen [...]. 338 Flüchtlinge haben sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) selbst verletzt oder versuchten, sich umzubringen [...].

5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung, und 171 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt. 16 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und mindestens 321 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert, 46 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos, 11 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen. 230 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, z.B. durch Hundebisse.“ (Antirassistische Initiative 2001)

Als StudentInnen verschiedener Fachbereiche hatten wir uns im Rahmen des Projektseminars „Behörden und Migration“ dafür entschieden, eine kurze Feldforschung beim Bundesgrenzschutz in Berlin durchzuführen. Ziel unseres Vorhabens war es, mögliche Unterschiede zwischen der Selbstdarstellung des Bundesgrenzschutzes (BGS) und seiner alltäglichen Praxis zu untersuchen. Weiterhin wollten wir herausfinden, wie viel des behördlichen Alltags auf Vorschriften und was auf eigenen, individuellen Spielraum der BeamtInnen zurückzuführen ist. In Bezug auf letzteres erschien es uns wichtig, die politischen Überzeugungen der BeamtInnen zu erfragen, um ihr Handeln im Zusammenhang ihrer eigenen Wertvorstellungen besser nachvollziehen zu können.

Im Mai 2002 erhielten vier TeilnehmerInnen des PTs nach längerem Briefverkehr und mehrmaligem Nachfragen die Erlaubnis, BGS-BeamtInnen für zwei Tage bei ihrer Arbeit an einem Berliner Bahnhof sowie einem Flughafen zu begleiten und zu befragen.

Der Bundesgrenzschutz betont in sämtlichen Veröffentlichungen, dass die Sicherheit der Bevölkerung oberste Priorität habe; gleichzeitig fordert er dazu auf, seine Arbeit mit Hinweisen zu unterstützen. Durch ansprechende Ausdrucksformen, wie „Wir, Ihr Bundesgrenzschutz, sind Tag und Nacht für Ihre Sicherheit im Einsatz ...“ oder „Ihre Sicherheit ist unser Auftrag“ soll ein Gefühl des gegenseitigen „Füreinander Daseins“ erzielt werden. In einem Gespräch mit einem Beamten erklärte dieser: „Wir sind ein Dienstleister, unser Produkt ist Sicherheit.“ Die Selbstpräsentation des BGS hinterlässt den Eindruck, dass aufgeschlossene und stets freundliche BeamInnen für die Bevölkerung da sind.

Bei näherer Betrachtung der aktuellen Probleme und der zu Beginn erwähnten Fakten stellte sich uns die Frage, wie weit diese Bemühungen gehen und für welche Interessen der BGS tatsächlich eintritt.

Wie lassen sich die eingangs erwähnten Todesfälle und Misshandlungen von AusländerInnen durch den BGS mit dessen positiver Selbstdarstellung in Einklang bringen? Sorgt der BGS nur für das Wohlergehen und die Sicherheit der *deutschen* Bevölkerung? Sieht er Flüchtlinge und MigrantInnen als Bedrohung dieser Bevölkerung – als eine Bedrohung, die es abzuwenden gilt? Zu all diesen Fragen erhält man in den Publikationen des BGS keine Antworten.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Behandlung von MigrantInnen durch den BGS und einem gesellschaftlichem Klima, in dem unterschieden wird zwischen „guten“ AusländerInnen, „die uns nützen“ und „schlechten, die uns ausnützen“? Die ausländische Bevölkerung, die gern besonderer „krimineller Energie“ verdächtigt wird, gerät dadurch in weitaus stärkerem Maße als so genannte Normalbürger ins Visier der Polizeibehörden.

Auf der Internetseite des BGS heißt es ganz klar: „Jeder illegal eingereiste Ausländer belastet unsere Solidargemeinschaft. Dies hat u.a. Auswirkungen auf die Folgekosten und auf die importierte Kriminalität, z.B. der illegalen Arbeitsaufnahme oder Beschaffungskriminalität zur Bestreitung des Lebensunterhaltes etc.“ (www.bundesgrenzschutz.de).

MigrantInnen, die ohne die entsprechenden Papiere einreisen, stellen für den BGS anscheinend eine Gefahr und Bedrohung dar, die es aufzuspüren gilt. Offensichtlich können sie nicht Teil der so genannten Solidargemeinschaft sein, sie bleiben ausgeschlossen.

Gesprächsaufzeichnungen

Auszug aus einem Interview mit einem BGS-Beamten

Was glauben Sie, welche Vorstellungen und Erwartungen hat die Bevölkerung von Ihrer Arbeit?

Die Bevölkerung bemängelt immer, „wenn man euch braucht seid ihr nicht da“; die Beamten können aber nicht überall gleichzeitig sein. Andererseits kommt sofort der Vorwurf des Polizeistaates, wenn eine Überpräsenz gezeigt wird. Andere Erwartungen seitens der Bevölkerung sind: Sicherheit produzieren, Präsenz zeigen, freundliches Auftreten, ordentlich Auskunft geben, auch auf nicht polizeirelevante Fragen und allgemeine Hilfsbereitschaft. Durch sein Auftreten in der Öffentlichkeit „verkauft“ man sich. Das eigene Verhalten wird immer wichtiger, darauf wird mehr geachtet als früher. Ältere Beamte achten beispielsweise nicht so auf den Umgang, sie sind oftmals ein wenig starrköpfiger.

Welche Auswirkungen hat das auf ihre alltägliche Arbeit?

Die Zusammenarbeit der Kollegen steht über der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung. In einer kritischen Situation muss man sich auf seine Kollegen verlassen können.

Wenn Sie sich in die Rolle einer/s Migrantin/en hineinversetzen, können Sie sich vorstellen, welches Bild er/sie von Ihnen hat, also wie er/sie Ihre Arbeit beurteilt?

Ich bin der Meinung, dass er kein anderes Bild hat als der Rest der Bevölkerung, er ist ja selbst Teil der Bevölkerung. Wenn sie aber Dreck am Stecken haben, wie zum Beispiel bei der Residenzpflichtverletzung [siehe Glossar], dann sehen sie den BGS wieder anders.

Die Tätigkeit des BGS auf Flughäfen – Gespräche am Arbeitsplatz

- Alleine an einem der Berliner Flughäfen, in Tegel, sind zwischen 25 und 30 Beamte ständig im Einsatz. Bei circa 12 Millionen Reisenden pro Jahr werden dort bis zu 7 Millionen Kontrollen durchgeführt, pro Jahr kommt es zu ca. 600 Festnahmen.
- Die deutsche Bevölkerung zeige gerade seit den Anschlägen vom 11. September Verständnis für Personenüberprüfungen bei der Ein- und Ausreise. Die Kontrollen konzentrieren sich auf Fluglinien, die vorwiegend für illegale Einreisen genutzt werden. Als Beispiel nennt uns der leitende BGS-Beamte Fluglinien, „mit denen kein normaler Mensch fliegen würde. Wieso